

Protokoll des Treffens der AG NPuG am Montag 29.7.2019, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Anwesende: Volker, Martin, Carlo, Ekkehard (Protokoll)

TOP 1 Neues von Klimawandel und Energiewende (Volker)

Volker hat wieder fleißig recherchiert und berichtet ausgiebig. Er hat dazu auch schon ein ausführliches Manuskript nachgereicht, das am Ende des Protokolls beigefügt ist.

Den Stand ganz kurz zusammengefasst: Was sich inzwischen in D von Seiten der Regierenden tut, ist viel zu langsam, zu halbherzig, zu wenig umfassend, und der Dringlichkeit der Lage absolut nicht angemessen.

TOP 2 Klimanotstand in Karlsruhe

Erfreuliche Nachricht aus dem Karlsruher Gemeinderat: Mit 26:21 Stimmen wurde am 16. Juli der Antrag der Grünen und der SPD zur Ausrufung des Klimanotstandes angenommen (mit Unterstützung von Die Linke und KULT).

Die Erklärung des Klimanotstands bedeutet u.a. (s. auch <https://www.klimanotstand.com/>):

Die Regierung oder Verwaltung erkennt den Klimawandel und seine Folgen an.

Die Regierung oder Verwaltung erkennt an, dass Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels und Maßnahmen zum Klimaschutz durchgeführt werden müssen, insbesondere dass die **Pariser Klimaschutz-Ziele** umgesetzt werden müssen.

Praktische Folgen sind unter anderem:

Arbeitskreise zum Thema Klimaschutz werden einberufen und sollen Klimaschutz-Maßnahmen erarbeiten. Diese Maßnahmen dienen dazu umweltfreundlicher zu regieren und z.B. Emissionen zu reduzieren.

Der Klimaschutz spielt eine Rolle beim Erlass künftiger Gesetze. (Gesetze sollen CO₂-neutral oder CO₂-gerecht werden.)

Auf Benzin- oder Dieselaautos wird zu Gunsten von E-Autos verzichtet.

Fahrrad fahren wird gefördert.

Reduktion von Plastik-Verpackungen.

Die Bevölkerung wird über den Klimawandel und dessen Folgen (stärker) informiert.

Es wird ein Zieljahr definiert, in dem eine Stadt klimaneutral sein soll.

TOP 3 Neue Polizeigesetze

Carlo und Martin berichten über die (in den meisten Bundesländern) bedrohlich verschärften Polizeigesetze und über stattgefundenen und geplante Aktionen/Demonstrationen in BaWü dagegen. (s. auch <https://www.imi-online.de/2019/07/16/freiheit-stirbt-mit-sicherheit/>)

TOP 4 Für Volksentscheide in BaWü

Martin berichtet über den von Mehr Demokratie organisierten Protest (mit Postkartenaktion) gegen das vom Innenministerium abgelehnte (von der SPD auf den Weg gebrachte) Volksbegehren/ Volksentscheid für gebührenfreie Kitas. Die SPD klagt nun vor dem Verfassungsgericht.
<https://www.volksentscheid-vor-gericht.de/>

TOP 5 Finanzwende tut not!

Ekkehard weist nochmals auf die Bürgerbewegung Finanzwende von Gerhard Schick hin, die sich total im Sinne von Attac betätigt. Die aktuell dort bearbeiteten Themen sind:

No libra
CumEx
P&R-Skandal
Schuldenbremse für Banken
Finanztransaktionssteuer
Kundenorientierte Finanzberatung
Immobilienpekulationen stoppen
Lobbyeinfluss zurückdrängen
10 Jahre Lehman-Pleite - Probleme benennen, Lösungen finden
Faire Altersvorsorge
Ökologische Finanzwende

TERMINE:

Nächster Stammtisch Attac Karlsruhe:

Dienstag 13. August 2019, 19:30 Uhr, Höpfner Burghof, Haid-und-Neu-Straße 18

Nächstes KoKreis-Treffen: Mittwoch 14.8.2019, 18 Uhr, Höpfner, voraussichtlich Biergarten

Nächstes NPuG-Treffen: Montag 23.9.2019, 18 Uhr, im "Il Caminetto", Kronenstr. 5

***** August Sommerpause!!!! *****

Zusätzliche Infos zu TOP 1 siehe nachstehend.

Neues von der Energie-Klima-Wende im Juli 2019

1. **(28.6.)¹ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen legt ein Gutachten vor: Demgemäß agiert die Politik angesichts der anrollenden Umwelt- und Klimakrise viel zu zögerlich (siehe #09).** Weder beim Klimawandel noch beim Verlust biologischer Vielfalt und bei der Umweltverschmutzung gelinge es der Politik, die bedrohlichen Entwicklungen einzuhegen oder gar aufzuhalten. Auch ein Großteil der Umweltziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werde voraussichtlich verfehlt, so die Gutachter. Deshalb schlägt der Umweltrat nun ein Bündel an Politik-Reformen vor. Vor allem soll das Umweltministerium gestärkt werden, denn nur dann könnte es seine Aufgabe erfüllen.
2. **(5.7.) Umweltministerin Schulze legt drei Gutachten zur CO₂-Bepreisung vor (siehe #01).** Mit diesen soll die soziale Verträglichkeit der Bepreisung erwiesen werden. Die resultierenden CO₂-Einsparungen werden von den Gutachten allerdings als sehr ungewiss eingeschätzt.
3. **(10.7.) Wirtschafts- und Branchenverbände (BDEW, BDI, DIHK, VKU, DGB)² haben sich angeblich auf "Leitplanken für eine CO₂-Bepreisung" verständigt. Demnach soll eine CO₂-Bepreisung mit Förderinstrumenten, öffentlichen Investitionen und kluger Regulierung verbunden werden (siehe #19).** So solle parallel zu einer CO₂-Abgabe beispielsweise im Gebäudebereich die steuerliche Förderung energetischer Sanierungen vorangetrieben werden oder im Verkehrsbereich die Förderung alternativer Antriebe und klimaneutraler Kraftstoffe. Auch solle es eine zusätzliche CO₂-Bepreisung nur in den Sektoren geben, die nicht dem Emissionshandel unterworfen sind. – **Analog zu diesen Vorschlägen empfiehlt übrigens Claudia Kemfert** im Verkehrsbereich zusätzlich zur CO₂-Bepreisung eine Reihe von Maßnahmen – von einer Elektroauto-Quote für neu zugelassene Fahrzeuge und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur über die Stärkung des Schienenverkehrs und des ÖPNVs bis zur Einführung einer blauen Plakette und einer weiteren Verschärfung der EU-Emissionsgrenzwerte für Fahrzeuge (siehe #26).
4. **(12.7.) Ein Gutachten der „Wirtschaftsweisen“³ legt der Bundesregierung die schnelle Einführung einer sozial ausgewogenen, stufenweise ansteigenden CO₂-Bepreisung nahe und zwar entweder als CO₂-Steuer oder als Emissionshandel (siehe #11 und #13).** Dies könne – von Beginn der Bepreisung bis zum Jahr 2030 – zu folgenden Preissteigerungen führen: pro Liter Benzin: von 14 ct bis 37ct. Mieterhöhung einer 80-Quadratmeter-Wohnung: von 80€ bis 230€.

Das Gutachten enthält noch einen weiteren wichtigen Hinweis, der jedoch in der öffentlichen Debatte weitgehend unbeachtet bleibt: **Neben einer CO₂-Steuer seien noch andere "zielgerichtete begleitende Maßnahmen" nötig, schreiben die**

¹ Dieses Datum bezieht sich auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung der in diesem Unterpunkt an erster Stelle genannten Quelle.

² BDEW: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, BDI: Bundesverband der Deutschen Industrie, DIHK: Deutscher Industrie- und Handelskammertag, VKU: Verband kommunaler Unternehmen, DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund

³ Korrekter Name: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Regierungsexperten. Denn nur weil Kohlendioxidschleudern unattraktiver werden, werden CO₂-arme Ersatzprodukte nicht automatisch attraktiver. Um das zu erreichen, wären noch ganz andere Maßnahmen nötig. Ein Hauptproblem von Elektroautos zum Beispiel ist ja, dass es in Deutschland zu wenige Ladesäulen gibt. Ein Hauptproblem der deutschen Wind- und Solaranlagen ist, dass es hierzulande zu wenige Stromleitungen gibt, um den Ökostrom flexibel zu verteilen. Und ein Hauptproblem des deutschen Energiemarkts ist, dass in Phasen, in denen die Wind- und Solaranlagen viel Strom liefern, die Profite aller Kraftwerke in den Keller purzeln - also auch die der Ökostromanlagen.

5. **(12.7.) Weltweit haben fast 50 Länder, darunter zwölf europäische, eine CO₂-Bepreisung eingeführt oder wollen dies tun – und zwar mehrheitlich als Steuer (siehe #16).** Das heißt: Ohne Bepreisung wird die BRD auf der Welt bald allein dastehen.
6. **(13.7.) Für die Industrie gibt es keine Alternative zu „Power to X“⁴, sofern die Emissionsziele 2030 erreicht werden sollen, so sagt Michael Sterner, Professor für Energiespeicher und -systeme, (siehe #25).** Dies betreffe die Herstellung von Grundchemikalien, Düngemitteln und die Glas- und Metallindustrie, vor allem auch die Stahlindustrie.
7. **(15.7.) Der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums votiert – als Methode der CO₂-Bepreisung – für einen CO₂-Emissionshandel. Dieser Vorschlag stößt auf viel Kritik (siehe #28)**
8. **(18.7.) Die Welt dürfte die – im Jahr 2015 für das Jahr 2030 – von der UNO vereinbarten 17 UN-Nachhaltigkeitsziele verfehlen (siehe #30)**
9. **(19.7.) Das Klimakabinettt hat sich am 19.7. zum dritten Mal getroffen, es ging um wichtige Fragen zum Klimaschutz in Deutschland. Greifbare Ergebnisse wurden nicht erzielt (siehe #32).** CDU und CSU wollen sich erst am 16. September, nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland, offiziell auf ein Konzept festlegen. Über diese soll dann 4 Tag später im Klimakabinettt entschieden werden.
10. **(22.7.) Der Architekturprofessor Günter Pfeifer plädiert für einen Paradigmenwechsel beim Bauen, hin zu einem integrierten Klima- und Ressourcenschutz. Im Entwurf für das geplante Gebäudeenergiegesetz kann er davon nichts erkennen (siehe #35).**
11. **(22.7.) In ganz Deutschland können zurzeit mehr als 2100 Windräder nicht gebaut werden. Grund dafür sind häufig Einwände von Behörden, zunehmend landen die Projekte aber auch vor Gericht. Das erste Quartal war das "ausbauschwächste erste Quartal des Jahrtausends" (siehe #36).** Befürchtungen der Fachleute: "Wenn die Entwicklung sich so fortsetzt, werden wir das Ziel (der erneuerbaren Energien) für 2030 kaum erreichen können." "Ohne diese blockierten Windenergieprojekte sind die Pariser Klimaschutzziele nur schwerlich zu halten“.

⁴ „X“ kann z.B. grüner Wasserstoff sein.

LITERATUR:

#01: <https://www.klimareporter.de/deutschland/der-soziale-preis-des-co2>

#09: <https://www.klimareporter.de/deutschland/umweltgutachter-die-politik-soll-sich-reformieren>

#11: <https://www.klimareporter.de/deutschland/co2-preis-oder-emissionshandel-fast-egal-hauptsache-schnell>

#13: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/co2-steuer-allein-bringt-wenig-kommentar-a-1277018.html#ref=rss>

#16: <https://www.klimareporter.de/international/deutschland-allein-ohne-co2-steuer>

#19: <https://www.klimareporter.de/deutschland/co2-preis-als-rosaroter-panther-im-schaufenster>

#25: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/gruener-wasserstoff-soll-die-industrie-klimaneutral-machen-a-1266023.html#ref=rss>

#26: <https://www.klimareporter.de/deutschland/ueberfaellige-energiesteuerreform-durchschaute-phantomdebatten-und-endlich-zeit-zum-handeln>

#28: <https://www.klimareporter.de/deutschland/markt-soll-emissionen-drosseln>

#30: <https://www.klimareporter.de/international/die-welt-droht-ihre-nachhaltigkeitsziele-zu-verfehlen>

#32: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/klimakabinett-tagt-im-kanzleramt-intensive-diskussion-keine-entscheidungen-a-1278024.html#ref=rss>

#35: <https://www.klimareporter.de/warme/wir-muessen-weg-von-den-hightech-ideen>

#36: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/windkraft-windraeder-energiewende-1.4533470?source=rss>